

## Die deutschböhmisches Fortschrittspartei und die Kreisregierungen.

### Gründung des Deutschen Volksvereines für Böhmen und Sitzung der Landesparteileitung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Prag, 21. Mai.

Im Deutschen Hause fand Samstag die Konstituierung des von der deutschen Fortschrittspartei ins Leben gerufenen Deutschen Volksvereines für Böhmen statt.

Der Vorsitzende Landesschulrat Dr. Krieg begrüßte die Versammlung und erörterte kurz die Ziele des neuen Vereines, der alle deutschfortschrittlichen Volksgenossen zusammenfassen und die Ideale der Partei ins Volk tragen soll. Generalsekretär Melzer wies darauf hin, daß der Volksverein, dessen Gründung für Deutsche aller Parteien geplant war, sich nun auf die Anhänger der Fortschrittspartei beschränken wird. Hierauf gelangten die Satzungen zur Verlesung, die einstimmig gebilligt wurden. Zum Obmann wurde Bürgermeister Franz Puhl (Bürgstein) gewählt. An der Debatte beteiligten sich die Herren Professor Dr. Kasta, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weinhuber, Macho und Lehrer Hans Neumann, Auffig.

Sonntag fand im Deutschen Hause eine Landesparteileitungssitzung der deutschen Fortschrittspartei statt.

Der Vorsitzende Landesschulrat Dr. Krieg führte aus, die Errichtung der Kreishauptmannschaften zeige wohl den Anschein guten Willens, dürfe aber keine zu großen Hoffnungen wecken, denn es bestehe die Gefahr, daß noch im letzten Augenblick, zwischen Pipp und Rechesrand, eine rauhe Hand eingreife. Das Schmerzlichsie sei, daß eine so blühende Minderheit wie die Pilsner Minorität durch den Willen deutscher Abgeordneter aufgeopfert werden solle.

Professor Dr. Kasta, mit Beifall begrüßt, behandelte zunächst die äußere Politik, insbesondere den Rücktritt des Grafen Czernin und die Vereinbarungen im Deutschen Hauptquartier. Das Bündnis mit Deutschland sei nun gestärkt und vertieft und auch auf das wirtschaftliche Gebiet erweitert worden. Das sei aber auch von Weltbedeutung für die Stellung der Deutschen in Oesterreich und gewähre einen günstigen, hoffnungsvollen Ausblick für unser künftiges Verhältnis. Redner kennzeichnete nun das Verhältnis der Partei als der einzigen oppositionellen deutschen Partei zur Regierung Seidlers und kam auf die im Reichsgesetzblatte publizierte Verordnung, betreffend die Errichtung von Kreishauptmannschaften in Böhmen, zu sprechen. Inhaltlich biete diese Verordnung den Deutschen nicht viel. Ihr Wert liege in der präjudizierenden Wirkung als erster Schritt zur Lösung der deutschböhmisches Frage und in dem Umstande, daß sie als Symptom für den guten Willen der Regierung, diese Frage zu lösen, betrachtet werden kann. Die Partei werde mit aller Kraft auf die Erfüllung der weiteren Forderungen zur gänzlichen Regelung der deutschböhmisches Frage, auch auf autonomem Gebiete, dringen. Schließlich gab Professor Kasta der Entrüstung darüber Ausdruck, daß die erdgefessene, geistig und materiell hochstehende Minderheit Pilsens von der Mehrheit der deutschböhmisches Abgeordneten aufgeopfert wurde gegen die Absicht der Regierung und gegen den Einspruch anderer deutscher Abgeordneter, deutscher Herrenhausmitglieder und sonstiger berufener Faktoren. Gegen diesen Verrat an Pilsen, werde die Partei ankämpfen, bis er getilgt wird. (Lebhafte Beifall.)

Chefredakteur v. Mehoffer aus Pilsen beleuchtete die wirtschaftlichen und nationalen Folgen des Verrates an der Pilsner Minderheit nicht nur für die Deutschen der Stadt selbst, sondern für ganz Westböhmen. Die Preisgabe so großer materieller und geistiger Werte ohne jede Notigung, die Opferung von mehr als 12.000 kampferprobten Seelen müsse in allen deutschen Landen tiefe Erbitterung hervorrufen. (Stürmischer Beifall und Zurufe.)

Professor Zelinka wies als Obmann des Kriegsfürsorgeamtes Pilsen und namens der dortigen deutschen Schulen auf die patriotische Haltung der Deutschen Pilsens hin

und gedachte anerkennend des Wohlwollens der Regierung gegenüber dem Uebelwollen der meisten deutschböhmisches Abgeordneten in der Frage der deutschen Minderheit.

Bürgermeister Puhl und Professor Dr. Kasta versicherten unter lebhafter Akklamation die Deutschen Pilsens der bleibenden Hilfeleistung und Unterstützung der deutschen Fortschrittspartei.

Es wurde hierauf eine Entschliezung einstimmig angenommen, in der es heißt: Die Pfingstversammlung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen würdigt, daß die heute verlautbarten Verordnungen über die Kreisregierungen durch die in ihr enthaltene nationale Abgrenzung ein geschlossenes deutsches Siedlungs- und Verwaltungsgebiet grundlänglich anerkennen. Sie stellt jedoch fest, daß diese grundsätzliche Anerkennung nur dann von Wert sein kann, wenn nunmehr unverzüglich aus ihr die notwendigen Folgerungen gezogen werden. Der Beamtenstatus in Böhmen muß national gesondert und es muß gesetzlich festgelegt werden, daß im deutschen Gebiete nur Beamte deutscher Volkszugehörigkeit wirken dürfen, die Sprachenfrage muß im Sinne der deutschen Forderungen gelöst werden. Der Kreiseinteilung in der staatlichen Verwaltung muß folgerichtig die Kreiseinteilung in der autonomen Verwaltung sich anschließen und es darf nicht länger mehr mit der Regelung der organischen Zusammensetzung der staatlichen und autonomen Verwaltung gezögert werden. Die Landesstellen müssen national geteilt, ein eigener deutscher Landtag geschaffen, das Verhältnis der Landesregierung zur Reichsregierung im Sinne des Uebergewichtes der letzteren geregelt, die deutsche Staatsprache eingeführt werden. Die deutsche Fortschrittspartei verlangt die restlose Erfüllung aller dieser Forderungen und wird nicht dulden, daß künftighin vor Erreichung dieses Zieles von irgendeiner Seite, insbesondere von seiten der deutschböhmisches Volksvertreter Passivität und Nachgiebigkeit an den Tag gelegt wird. Die Zeit bedingungsloser Regierungserfolgshaft muß endgültig ihr Ende erreicht haben. Gegen die Einbeziehung der großen und bodenständigen deutschen Minderheit in Pilsen in einen czechischen Kreis legt die Versammlung Verwahrung ein und verurteilt aufs schärfste das Vorgehen gewisser deutscher Abgeordneter, die diesen unerträglichen nationalen Verlust gegen die Bemühungen anderer deutscher Volksvertreter unserer Partei, deutschböhmisches Herrenhausmitglieder und gegen die Anschauung der Regierung selbst erzwungen haben. Die deutsche Fortschrittspartei wird alle Kräfte anspannen, um die nationale Entrechtung der Pilsner Deutschen zu verhindern."